

Große Anfrage der Fraktion der CDU***Bereitstellung von Ausbildungsplätzen in öffentlichen Einrichtungen***

Jungen Menschen eine Perspektive beim Übergang von der Schule in das Arbeitsleben zu bieten, ist eine zentrale gesellschaftliche und damit auch politische Aufgabe. Die Politik stellt daher zu Recht hohe Anforderungen an die Wirtschaft bei der Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze. Die Wirtschaft im Lande Bremen hat in der Vergangenheit einen wichtigen Beitrag im Rahmen der Bereitstellung von Ausbildungsmöglichkeiten geleistet.

Die gesamtgesellschaftliche Dimension der Aufgabe zwingt gerade öffentliche Einrichtungen zu einem vorbildlichen Ausbildungsverhalten:

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele Ausbildungsplätze wurden im öffentlichen Dienst seit dem Jahr 2000 zur Verfügung gestellt (Anzahl der Ausbildungsplätze pro Beschäftigtem/Arbeitnehmer)?
 - a) In welchen Bereichen des öffentlichen Dienstes wurden die Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt?
 - b) Welche Berufsfelder wurden abgedeckt?
 - c) Ist der Senat der Ansicht, dass neben den unter Ziffer 1. b) genannten Berufen andere Berufe ausgebildet werden können?
 - d) Nehmen die Einrichtungen des öffentlichen Dienstes Angebote der Verbundausbildung wahr?
 - e) Welche Quoten der Teilzeitausbildung und der Ausbildung Behinderter werden verwirklicht?
2. Wie viele Ausbildungsplätze wurden seit dem Jahr 2000 innerhalb der städtischen Gesellschaften bzw. Gesellschaften mit Mehrheitsbeteiligungen des Landes Bremen zur Verfügung gestellt (Anzahl der Ausbildungsplätze pro Arbeitnehmer)?
 - a) In welchen Bereichen der Gesellschaften wurden die Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt?
 - b) Welche Berufsfelder wurden abgedeckt?
 - c) Ist der Senat der Ansicht, dass neben den unter Ziffer 2. b) genannten Berufen andere Berufe ausgebildet werden können?
 - d) Nehmen diese Gesellschaften Angebote der Verbundausbildung wahr?
 - e) Welche Quoten der Teilzeitausbildung und der Ausbildung Behinderter werden dort verwirklicht?
3. Wie viele Ausbildungsplätze wurden seit dem Jahr 2000 durch die in Bremen ansässigen Gewerkschaften, Kammern, Kirchen und sonstigen Institutionen angeboten (Anzahl der Ausbildungsplätze pro Arbeitnehmer)?
 - a) In welchen Bereichen der Institutionen wurden die Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt?

- b) Welche Berufsfelder wurden abgedeckt?
 - c) Ist der Senat der Ansicht, dass neben den unter Ziffer 3. b) genannten Berufen andere Berufe ausgebildet werden können?
 - d) Nehmen die Institutionen Angebote der Verbundausbildung wahr?
 - e) Welche Quoten der Teilzeitausbildung und der Ausbildung Behinderter werden verwirklicht?
- 4. Welche Anforderungen stellt der Senat an die unter Ziffern 1. und 2. genannten juristischen Personen im Hinblick auf die Ausbildungsquote?
 - 5. Durch welche Maßnahmen hat der Senat in der Vergangenheit darauf hingewirkt, insbesondere bei den Gewerkschaften und anderen öffentlichen Interessenvertretern eine Erhöhung der Ausbildungsquote zu erreichen?
 - 6. Waren diese Bemühungen nach Ansicht des Senats erfolgreich?
 - 7. Welche Ziele bei der Schaffung neuer Ausbildungsstellen/zusätzlicher Ausbildungsplätze hat sich der Senat für das laufende Jahr gesetzt, und welche Maßnahmen werden ergriffen, um diese Ziele zu erreichen?
 - 8. Ist der Senat der Ansicht, dass die Gewerkschaften und alle anderen öffentlichen Stellen ausreichende Beiträge insbesondere im Rahmen der Kooperation in lokalen Bündnissen leisten, und hat der Senat Informationen über die geplanten Aktivitäten dieser Organisationen bei der Gewinnung neuer Ausbildungsstellen und zusätzlicher Ausbildungsstellen?

Bernd Ravens,
Hartmut Perschau und Fraktion der CDU